

## Information über die Sitzung des Gemeinderats am 22. Februar 2005

### Anträge zur Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Fraktionsvorsitzende Hannelore Klamm (SPD) eine Aussprache im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu dem Bericht in der Tageszeitung DIE RHEINPFALZ vom 21.02.2005 über das von der Verwaltung in Auftrag gegebene betriebswirtschaftliche Gesamtkonzept für das Palatinum. Selbstverständlich solle das Gutachten der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden, doch eine Veröffentlichung zum jetzigen Zeitpunkt und in diesem Stil sei überraschend und untragbar, weshalb aufgeklärt werden müsse, wie die Presse davon erfahren habe. Der Vorsitzende erklärt dazu, dass er die Berichterstattung genauso bestürzt und überrascht zur Kenntnis genommen habe. Am 21.12.2004 sind den Fraktionsvorsitzenden jeweils zwei Gutachten zugegangen. Im Begleitschreiben wurde ausdrücklich auf die Nichtöffentlichkeit und die Schweigepflicht erinnert.

### Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Jahr 2005

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2005 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.383.500,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 817.100,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 342.100,00 € betragen. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich. Den Rücklagen werden 36.400,00 € zugeführt. Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen.

In der Haushaltssatzung ist erstmals eine Gebühr für die Schmutzwasserbeseitigung der Außenbereichsgrundstücke ausgewiesen.

#### **Beschluss, bei 23 Ja-Stimmen und einer Enthaltung:**

Dem Wirtschaftsplan 2005 der Abwasserbeseitigungseinrichtung in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

### Eigenbetrieb Palatinum; Jahresabschluss und Feststellung des Ergebnisses für das Wirtschaftsjahr 2002

Der Gemeinderat hat den Jahresabschluss festzustellen und über die Behandlung des Gewinns oder des Verlustes zu beschließen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deutsche Treuhand, KPMG, Mannheim hat den von der Verwaltung erstellten Jahresabschluss 2002 geprüft. Die Bilanz schließt mit einer Summe von 11.440.332,40 € ab. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit weist einen Verlust von 983.754,71 € aus, den die Gemeinde als Träger der Einrichtung aus allgemeinen Haushaltsmitteln ausgleichen muss. Im einzelnen Vergleich stehen den Umsatzerlösen von 95 T€ fixe Aufwendungen aus Personal (137 T€), aus Abschreibungen (423 T€) und aus Zinsen (330 T€) gegenüber. Bei direkter Gegenüberstellung liegen die Materialaufwendungen um 105 T€ über den Umsatzerlösen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat das Zahlenwerk 2002 mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss“.

#### **Beschluss, bei 22 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen:**

Dem Jahresabschluss des Palatinum für das Wirtschaftsjahr 2002 mit der Bilanzsumme über 11.440.332,40 € gemäß § 27 Abs. 2 EigAnVO in Verbindung mit § 7 der Betriebssatzung in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist ausgeglichen. Die Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlustes entfällt.

### Wirtschaftsplan Palatinum für das Jahr 2005

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan 2005 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben je 1.019.200,00 € und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit je 370.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 425.900,00 € und einen Betriebskostenanteil über

484.000,00 € übernimmt. Darlehensaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sind im Wirtschaftsplan nicht veranschlagt. Die Planansätze des Erfolgsplans sind aus der Verlust- und Gewinnrechnung 2003 und der vorläufigen Verlust- und Gewinnrechnung des Jahres 2004 entwickelt und hochgerechnet.

**Beschluss, bei 21 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen:**

Dem Wirtschaftsplan 2005 für das Palatinum in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

**Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2005**  
**a) Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 bis 2008**  
**b) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2005**

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2005 sowie den Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Jahre 2004 bis 2008 im Entwurf gefertigt. Vor Durchbuchungen zwischen dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt betragen die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes 13.162.505,00 €, denen Ausgaben über 13.071.700,00 € gegenüberstehen. Der sich ergebende Überschuss von 90.805,00 € wird dem Vermögenshaushalt zugeführt.

Der Vermögenshaushalt ist in Einnahmen und Ausgaben mit je 1.740.600,00 € ausgeglichen. Darlehen und Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsjahr nicht veranschlagt. Die Höchstbeträge der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, werden für den Haushalt auf 3.000.000,00 €, für die Abwasserbeseitigung auf 500.000,00 € und für das Palatinum auf 200.000,00 € festgesetzt. Die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit weist im Jahr 2005 einen Fehlbetrag von 46 T€ aus. Im Jahr 2006 wird eine Freie Finanzspitze von 5.992 T€, für das Jahr 2007 von 210 T€ und für das Jahr 2008 von 28 T€ erwartet.

Weil eine Fraktion signalisiert hat, dass sie dem Haushalt wie vorgelegt wegen Bedenken an der Realisierung der veranschlagten Grundstückserlöse nicht zustimmen könne, hat die Verwaltung deshalb kurzfristig den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans derart geändert, dass die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts nun lediglich 1.740.600,00 € betragen.

**Haushaltsrede von Bürgermeister Ewald Ledig:**

Sehr geehrte Herren Beigeordnete,  
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
verehrte Gäste,

im Mittelpunkt der heutigen Sitzung des Gemeinderates stehen die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2005 sowie Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre bis 2008.

Das 238 Seiten umfassende Werk ist in den Fachausschüssen und am 30. November 2004 sowie 15. Februar 2005 im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. In das heute zu verabschiedende Zahlenwerk sind also schon frühzeitig die entsprechenden Gremien eingebunden worden.

Das Ministerium des Innern und für Sport hat Ende November 2004 wieder Leitlinien und Hinweise für die Haushaltswirtschaft 2005 der kommunalen Gebietskörperschaften veröffentlicht. Darin heißt es:

„Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich im Gleichklang zum Bund und den Ländern in den letzten Jahren verschlechtert. Die anhaltend schwierige finanzielle Gesamtsituation der Kommunen dokumentiert sich in einer steigenden Zahl von unausgeglichenen Haushalten und einem deutlich erhöhten Defizitvolumen. Wegen der immer größer werdenden Mittelknappheit in den öffentlichen Kassen kommt der Konsolidierung der Haushalte nach wie vor große Bedeutung zu. Neben der Abdeckung der aufgelaufenen Fehlbeträge wird sich bei der Aufstellung der kommunalen Haushaltspläne für das Jahr 2005 das In-Kraft-Treten des Zweiten Teils der letzten Stufe der Steuerreform 2001 und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) auswirken.

Die konjunkturelle Entwicklung im EU-Raum befindet sich seit der Jahresmitte insbesondere durch den hohen Ölpreis in einer Schwächephase, die voraussichtlich bis in das Jahr 2005 anhalten wird. Mit der am 1. Januar 2005 in Kraft tretenden letzten Stufe der Steuerreform werden die Bürgerinnen und Bürger finanziell entlastet, die dadurch bedingten Steuerausfälle für den Staat können durch die höhere Kaufkraft jedoch erst später ausgeglichen werden. Mit den am 4. November 2004 von der Bundesregierung bekannt gegebenen Maßnahmen soll im nächsten Jahr ein Defizit von unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht werden. An der Wachstumsprognose vom Frühjahr 2004, die 1,8 Prozent für das Jahr 2004 und 1,7 Prozent für das Jahr 2005 vorsah, hält die Bundesregierung auch nach der November-Steuerschätzung fest, während der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem jüngsten Gutachten für 2005 von 1,4 Prozent ausgeht.

Der Finanzplanungsrat hat am 18. November 2004 die aktuelle Haushaltsentwicklung, die Gestaltung der Haushalte für 2005 und die daran anknüpfenden Finanzplanungszeiträume erörtert. Er empfiehlt den Ländern und Gemeinden, für die Jahre 2005 und 2006 das jährliche Ausgabenwachstum auf durchschnittlich höchstens 1 v.H. zu begrenzen. Daher sind in den kommunalen Haushalten weiterhin alle Möglichkeiten zur Einsparung von Ausgaben zu nutzen; die Grundsätze der Einnahmebeschaffung sind insbesondere im Bereich der Kostendeckung von entgeltfinanzierten Einrichtungen und im Bereich der gemeindlichen Steuern zu beachten.

Nach der aktuellen, vom Arbeitskreis „Steuerschätzung“ vorgenommenen November-Steuerschätzung sind unter Zugrundelegung des geltenden Steuerrechts in diesem und im nächsten Jahr 4,8 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen zu erwarten als bisher prognostiziert. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums muss der Schätzansatz um 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2004 reduziert werden. Für das Jahr 2005 ergibt die November-Steuerschätzung zwar + 7,7 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen für den Gesamtstaat als für dieses Jahr, aber der Schätzansatz musste insgesamt um - 3,4 Mrd. Euro (Bund: - 3,5 Mrd. Euro) gegenüber der Mai-Schätzung

abgesenkt werden. Während der verringerten Schätzansätze auf Bund und Länder entfallen, können die Gemeinden auf Grund der Gewerbesteuerreform mit höheren Einnahmen rechnen.

Bei den Orientierungsdaten handelt es sich um Durchschnittswerte, die für die einzelne Gemeinde oder den einzelnen Gemeindeverband Anhaltspunkte bei der Aufstellung des Haushaltsplans bzw. der Finanzplanung geben sollen. Bei der Planung der Einnahmen und Ausgaben können strukturelle Unterschiede in der Aufgabenstellung und die besondere Finanzlage im Einzelfall zu Ergebnissen führen, die von den Orientierungsdaten erheblich abweichen. Es bleibt deshalb Aufgabe jeder Gebietskörperschaft, anhand der landesweiten Durchschnittswerte entsprechend den örtlichen Gegebenheiten die für ihre Planung zutreffenden Einzelwerte selbst zu ermitteln. Dies gilt insbesondere für die Gewerbesteuer, die in der jüngsten Vergangenheit extreme und nicht vorhersehbare Veränderungsraten aufwies.“

Unter Beachtung dieser und weiterer Rahmenkriterien hat die Verwaltung einen Haushaltsplan aufgestellt, der sich unseres Erachtens an realistischen Daten orientiert.

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft des Jahres 2005

Der Haushaltsplan 2005 schließt im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mit einem Gesamtvolumen von 14.972.300,00 € ab. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 13.231.700,00 € und auf den Vermögenshaushalt 1.740.600,00 €. Im Etat 2005 sind keine Verpflichtungsermächtigungen in Ansatz gebracht. Der allgemeinen Rücklage, vorausgesetzt die geplanten Grundstücksverkäufe sind zu realisieren, werden 304.775,00 € zugeführt. Zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen werden keine Darlehen benötigt. Zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität dürfen Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 3.000.000,00 € in Anspruch genommen werden. Der Verwaltungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2005 ausgeglichen. Den ohne die Zuführung vom Vermögenshaushalt zu erwartenden Einnahmen von 13.162.505,00 € stehen Ausgaben von 13.071.700,00 € gegenüber. Somit ergibt sich ein Überschuss von 90.805,00 €, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann. Der errechnete Überschuss ist jedoch nicht ausreichend, um die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtzuführung in Höhe der Darlehenstilgungen von 160.000,00 € zu ermöglichen. Aus haushaltsrechtlichen Gründen ist daher der Differenzbetrag von 69.195,00 € dem Vermögenshaushalt zuzuführen, unabhängig davon, dass der gleiche Betrag dem Vermögenshaushalt wieder zu entnehmen ist, um somit den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes zu erreichen.

Im Grunde nach ist das vorgeplante Ergebnis nicht befriedigend, da die Zuführungen an den Vermögenshaushalt nicht ausreichend sind, um eine „Freie Finanzspitze“ ausweisen zu können. Trotz der im Haushaltsjahr 2003 eingeleiteten und in 2005 beibehaltenen Konsolidierungsmaßnahmen ist die positive Gestaltung des Haushaltes äußerst schwierig. Ursache hierfür ist, dass zum Teil erhebliche Aufwendungen für gemeindliche Einrichtungen, sogenannte freiwillige Leistungen und die darauf beruhenden Folgekosten zu bestreiten sind. Die Gemeindebibliothek, der Jugendtreff, das Palatinum, der Kinderhort, aber auch der Sportpark und das Haus der Vereine u.a. sind hier nur beispielhaft zu erwähnen. Aber sind wir nicht stolz, diese Einrichtungen zu haben? Die Verwaltungsspitze ist es! Die Betriebs- und Personalkosten für alle gemeindlichen Einrichtungen sind, ohne dass dadurch der Bestand gefährdet wird, zwischenzeitlich auf das Notwendigste zurückgeführt. Im äußersten Maße unbefriedigend ist die weitere Entwicklung hinsichtlich der Bewirtschaftung und des Betriebs im Palatinum. Die derzeit hohe Bezuschussung schreitet weiter voran. Die Finanzkraft der Gemeinde wird durch diese Einrichtung derart in die Pflicht genommen, dass für weitere Folgekosten, wie sich diese zwangsläufig nach der Indienststellung des Feuerwehr-Gerätehauses ergeben, kaum noch Spielraum vorhanden ist. Notwendige Aufgaben im Zusammenhang mit der inner- und außerörtlichen Entwässerung und mit der Umgestaltung im Bereich des Alten Rathauses und im Bereich der Ogersheimer-/ Ruchheimer Straße müssen daher teilweise gestreckt werden.

Damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde auf Dauer gesichert bleibt, müssen im Gesamthaushalt, im Finanzplan und im Investitionsprogramm der Jahre 2004 bis 2008 alle möglichen Einsparungen ernsthaft, konsequent und über alle parteipolitischen Grenzen hinweg, weiterhin oberste Priorität genießen. Vor Investitionstätigkeiten, die nur mit Darlehen bestritten werden müssen, ist zu warnen. Von einem solchen Tun ist insbesondere dann abzuraten, wenn die reichlich vorhandenen Baugrundstücke nicht in der geplanten zeitlichen Abfolge verkauft werden können. Der notwendige Effekt, im Verwaltungshaushalt Mittel zur Mitfinanzierung von Investitionen zu erwirtschaften, wird im Finanzplanungszeitraum bis 2008 kaum möglich sein. Im gegebenen Falle wäre deshalb abzusehen, dass der in 2006 fällig werdende Sparkassenbrief zum Verkauf anstehen würde und das der Pfalzwerke gewährte Darlehen nicht verlängert werden kann.

In Kenntnis dieses Sachverhaltes ist es notwendig, künftige Investitionen und Baumaßnahmen auf ihre Kostenhöhe zu fixieren und in zeitliche Prioritäten einzureihen. Die Vergabe einer Maßnahme darf künftig nur dann realisiert werden, wenn einerseits die Finanzierung gesichert ist und andererseits die daraus erwachsenden Folgekosten geleistet werden können. Die dauernde Leistungsfähigkeit und die sogenannte „Freie Finanzspitze“ sind bei künftigen Investitionen seitens des Rates und seiner Ausschüsse zu hinterfragen. Nur so ist gewährleistet, dass nachfolgenden Generationen ein gewisser Handlungsspielraum verbleibt.

Die Einnahmen- und Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes hat sich gegenüber dem des zurückliegenden Haushaltsjahres nur unwesentlich geändert. Die Steuer-, Gebühren- und Beitragssätze wurden in der Höhe des Vorjahres beibehalten. Neu im Etat veranschlagt sind Ausgaben, die sich aus den Vorschriften des Hartz IV -Gesetzes ergeben. Erstmals in der Haushaltssatzung ausgebracht, aber ohne Auswirkung auf den gemeindlichen Haushalt, ist die Erhebung einer Gebühr für die Schmutzwasserbeseitigung der Außenbereichsgrundstücke.

Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Verlässliche Ausgangspunkte zur Erstellung des Haushaltsplanes und des Finanzplanes für den Planungszeitraum bis zum Jahre 2008 liegen den Gemeinden nicht vor. Die unverhältnismäßig hohen Arbeitslosenzahlen und die vielfach herbeigeredete Rezession geben zu Optimismus bezüglich der Einnahmeverbesserung nur wenig Anlass. Auf Grund der in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrung hat sich die Verwaltung bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen besondere Zurückhaltung auferlegt und ist nur bedingt den vom Ministerium des Innern und für Sport vorgegebenen Empfehlungen nachgekommen. Die vom Finanzplanungsrat aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgegebene finanzpolitische Situation wurde von der Verwaltung regionalisiert und in den Haushaltsplan eingestellt. Der Spielraum, der sich insbesondere bei der Gewerbesteuer und bei den Einkommensteuerzuweisungen ergibt, wird ganz erheblich vom Gemeindefinanzierungsgesetz, von der Steuerreform und den Hartz IV -Gesetzen beeinflusst. Es bleibt zu hoffen, dass nunmehr die vorhergesagte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung baldigst greifen möge.

Die allgemeinen Zuweisungen setzen sich zusammen aus der Schlüsselzuweisung und der Ausgleichsleistung des Landes. Die Ansätze werden sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 119 T€ erhöhen. Grundsteuer A (unbebaute Grundstücke) und Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) bleiben auf dem Niveau des Vorjahres. Die Gewerbesteuer wurde in der Höhe des Vorjahres veranschlagt. Der Anteil an der Einkommensteuer (+ 75 T€) und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+10 T€) ist leicht erhöht ausgewiesen. Das Aufkommen bei der Vergnügungs- und Hundesteuer ist unverändert fortgeschrieben. Die Ausgleichsleistung des Landes nach § 21 LFAG wird in der Höhe des Vorjahres erwartet.

Die Einnahmen bei den Gebühren und Entgelten sind in der Summe gegenüber dem Vorjahr kaum merklich ansteigend und werden rund 10 T€ ausmachen.

Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und die Einnahmen aus dem Verkauf von Radweg- und Wanderkarten, Aufklebern, Familienstammbüchern, Verpflegungskostenersatz, Chroniken usw. wurden in der zu erwartenden Höhe fortgeschrieben. Die Einnahmen von übrigen Bereichen sind im wesentlichen konstant und betreffen die Abführungen des Palatinum und der Abwasserbeseitigungseinrichtung für die von der Gemeinde erbrachten Verwaltungskosten. Die Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen weisen gegenüber dem Vorjahr keine größeren Bewegungen aus und wurden kontinuierlich fortgeschrieben. Dies ist ebenso zutreffend für die Einnahmen aus Dividenden und Zinsen. Die Konzessionsabgaben aus

der Strom- und Gasversorgung sind leicht erhöht ausgewiesen. Die vom Zweckverband für Wasserversorgung zu zahlende Konzessionsabgabe ist ab 2005 jahresbezogen berechnet und beträgt deshalb nur noch 77 T€.

Die inneren Verrechnungen für den Bauhof und für die Hausmeisterdienste sowie die kalkulatorischen Einnahmen wurden auf Grund der erforderlichen Fortschreibungen veranschlagt.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die Personalausgaben werden sich gegenüber dem Vorjahr um rund 110 T€ erhöhen und berücksichtigen zwei Neueinstellungen als Ersatz für in Rente und altersteilzeitgehende Bedienstete (Ordnungsverwaltung und Bauamt), Höhergruppierungen sowie zu veranschlagende Beiträge zur Zusatzversorgungskasse.

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand erhöht sich um ca. 19 T€, die sich auf viele Haushaltspositionen verteilen.

Abweichungen im Plus- und Minusbereich sind der Übersicht über die Sammelnachweiskonten zu entnehmen. Die Verrechnungen des Bauhofs wurden neu zugeordnet und sind hier nicht mehr nachgewiesen. Die kalkulatorischen Kosten sind ansatzkonform fortgeschrieben.

Die Zuweisungen und Zuschüsse im Allgemeinen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die an das Palatinum zu erbringenden Zuweisungen wurden um 122 T€ erhöht und im Unterabschnitt 7660 transparenter dargestellt. Die an den Gewässerverband Isenach-Eckbach zu zahlende Umlage ist gleichbleibend angesetzt. Die Mittel zur Förderung des Sports, zur Förderung des Nahverkehrs, zur Förderung der Musik- und Gesangsvereine sind unverändert. Ausgaben für Seniorenfahrten sind nicht mehr auszuweisen, da nach 30 durchgeführten Veranstaltungen dieses Programm ersatzlos eingestellt wurde.

Die Zinsausgaben orientieren sich am Schuldendienst für die bestehenden Darlehen und berücksichtigen die voraussichtlich in 2005 kurzzeitig in Anspruch zu nehmenden Kassenkredite.

Die Gewerbesteuerumlage ist jeweils abhängig vom jährlichen Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen und dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Vervielfältigungssatz. Der Vervielfältiger für das Jahr 2005 wurde von bisher 83 %-Punkte auf nun 81 %-Punkte gesenkt. Dies bedeutet, dass mit einer Minderzahlung in Höhe von ca. 5 T€ gerechnet werden kann. Auf Grund der neu berechneten Steuerkraftmesszahl ist die Gemeinde von der an das Land zu zahlenden Finanzausgleichsumlage befreit. Die Umlage „Fonds Deutsche Einheit“ ist unverändert geblieben. Die an den Landkreis zu zahlende Kreisumlage, gekoppelt an die Steuerkraftmesszahl, verringert sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 89 T€ und dies obwohl sich der Umlagesatz von 35 %-Punkte auf 37 %-Punkte erhöht und die Progression beibehalten wurde.

Die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt beträgt 90 T€. Dieser Betrag ist nicht ausreichend um die vom Gesetzgeber geforderte Pflichtzuführung (Darlehenstilgung) in voller Höhe zu bedienen. Analog hierzu ist festzustellen, dass bei der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit im laufenden Jahr ein Fehlbetrag von 46 T€ auszuweisen ist.

Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt 1.740.600,00 €. Bei genauerer Betrachtung ist zu erkennen, dass nach Abzug der Erlöse aus dem Grundstücksverkauf (1.100T€) tatsächlich nur mit Einnahmen von zusammen 640 T€ gerechnet werden kann. Aus dem Verkauf von beweglichem Vermögen sind Einnahmen von 10 T€ veranschlagt. Aus den an den Kreiswohnungsverband und an die Kreisverwaltung Ludwigshafen gewährten Darlehen werden Rückflüsse von 24 T€ erwartet. Die Investitionsschlüsselzuweisungen betragen 37 T€. Das Land gewährt Zuschüsse in Höhe von 3 T€ für die Feuerwehr und 302 T€ für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses. Der wiederkehrende Ausbaubeitrag ist mit 101 T€ veranschlagt. Die Ablösung privater Stellplätze erbringt 4 T€. Aus der Zuführung vom Verwaltungshaushalt stehen 160 T€ zur Verfügung.

Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Im Haushaltsjahr 2005 wird wieder eine Investitionshilfe für Ruanda über 2,5 T€ vorgesehen. Für die EDV werden 57 T€ und für den Erwerb von Anlagevermögen 39 T€ erforderlich sein. Weitere Ausgabepositionen des Vermögenshaushaltes sind Landschaftspflegeplan und ökologische Maßnahme, Zuweisungen an den ev. und kath. Kindergarten, Haus des Kindes, Kinderspielplätze, Wiederkehrender Baukostenzuschuss an den Kegelerverein, Ortskernsanierung, Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen, Erneuerung von Straßenleuchten, Gewässerausbau, Ankauf eines LKW, Ausbau der Schönesbrücke, Sanierung Gemeindehäuser, restliche Erschließungskosten „Am Alten Damm“ Wertermittlungsgutachten Johann-Wilhelm-Emmerich-Haus, Sockelsanierung am Haus der Vereine, Grunderwerb für Friedhoferweiterung, Ausbau Neustadter Straße, Ausbau Gutenbergstraße-Pfalzring, Ausbau Rinnen Gewerbegebiet, Grunderwerb Gehwegflächen, Flachdachsanierung Grundschule Im Mandelgraben und Pestalozzischule, Hausmeisterwohnungsbau und Sanierung der Toiletten in der Pestalozzischule und Heizungserneuerung Rathaus/Neue Pforte. Für die planmäßige Tilgung der Darlehen stehen 160 T€ bereit. Sofern die Grundstücksverkäufe wie vorgesehen realisiert werden, kann der allgemeinen Rücklage der Betrag von 305 T€ zugeführt werden. Zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes werden dem Vermögenshaushalt 69 T€ entnommen.

Ansonsten gilt: Eine Verbesserung der Finanzlage und eine Sanierung der kommunalen Haushaltssituation ist nur durch eine nachhaltige, dauerhafte Reduzierung von Standards - das sind Rechtsansprüche unserer Bürger und Einwohner, das sind Leistungen, die sie alltäglich empfangen, das sind Vorgaben des Gesetzgebers und der Rechtsprechung (und der Rechtsprechung auch nur, weil vorher ein Gesetzgeber ein Gesetz erlassen hat) - erreichen lassen. Standardabbau geht nicht, wenn man nicht bereit ist, Leistungen für die Bürger abzubauen, abzuschaffen oder einzuschränken.

Beispiele erspare ich mir; sie sind allseits bekannt.

Nur Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen gepaart mit gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen helfen uns weiter!

Standards sind auch maßgeblich für unsere Personalentwicklung verantwortlich: Im Jahre 1983, als das Neue Rathaus bezogen wurde, verfügte die Gemeindeverwaltung über 66 Vollzeit-Stellen. Der Personalstand stieg in den anschließenden Jahren als Folge zunehmender Standards kontinuierlich an und erreichte 1997 mit 91 Vollzeit-Stellen seinen Höchststand. In den nächsten Jahren pendelte er sich bei 85 Stellen ein und sinkt laut Stellenplan 2005 nun auf 81 Vollzeit-Stellen.

Für die Statistiker sei angemerkt, dass Teilzeit-Stellen in Vollzeit-Stellen umgerechnet wurden und dass durchgängig alle Hausmeister und die Mitarbeiter des Eigenbetriebs Palatinum enthalten sind.

Folgende Stellen mussten auf Grund von gesetzlichen Aufgabenübertragungen oder auf Grund von Beschlüssen des Gemeinderats in den vergangenen 22 Jahren neu geschaffen werden: 15 Stellen im Haus des Kindes (Erzieherinnen, Küchenhilfen, Putzhilfe), 3 Stellen im Palatinum, insgesamt etwa eine Stelle für die Gleichstellung und die Sozialarbeit, eine Stelle für den Systemadministrator der Datenverarbeitung, eine Stelle für die Überwachung des Ruhenden Verkehrs und zwei Stellen für den Sportpark.

Addiert man diese Stellen zu den 66 Stellen des Jahres 1983 hinzu, so müsste die Gemeindeverwaltung heute über etwa 89 Vollzeit-Stellen verfügen. Tatsächlich sind es jedoch wie oben genannt nur 81, so dass von einem Personalabbau gesprochen werden muss, auch wenn dies betragsmäßig nicht zu erkennen ist.

Lassen Sie mich zum Schluss - trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und verschiedener Standpunkte in einigen wenigen Themen - allen, die zum Gelingen des Haushaltsplans 2005 beigetragen haben, herzlich danken:

- den Herren Beigeordneten Heller, Schneider und Strub
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, besonders den Abteilungsleitern, der Gleichstellungsbeauftragten und der Geschäftsleitung des Palatinum,
- den Damen und Herren von CDU, SPD, FWG, FDP sowie Grünen im Gemeinderat und in den Fachausschüssen, die diesen Plan vorberaten und zur heutigen Beschlussfassung empfohlen haben.

Mit meinem Dank darf ich Sie gleichzeitig bitten, dem vorliegenden Finanzplan, Investitionsprogramm und Haushaltsplan für das Jahr 2005 zuzustimmen.

## Haushaltsrede von Joachim Greiff (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ledig,  
verehrte Beigeordneten Herr Heller, Herr Schneider und Herr Strub,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,  
meine Damen und Herren!

Einnahmen durch Grundstücksverkäufe – Sind diese realistisch?

Die hohe Arbeitslosigkeit, der immer noch drohende Stellenabbau bei vielen Firmen hat die Investitionsbereitschaft in vielen Branchen zum Erliegen gebracht. Eine Reihe von Insolvenzen, in Handel und Gewerbe, sind die Folge.

Auch Mutterstadt spürt die Folgen der Rezession.

Die Neubaugebiete, die in den letzten Jahren von vielen Gemeinden im Landkreis ausgewiesen wurden, weisen noch immer große Baulücken auf. Vor allem der Zuzug von jungen Familien, der durch attraktive Stellenangebote in unserer Region bestimmt war, bleibt nun aus. Die Bevölkerung geht zurück und wird im Durchschnitt zunehmend älter.

Die rege Nachfrage nach Grundstücken in der Vergangenheit führte auch zu einem enormen Preisanstieg. Ob diese Werte, die die Verwaltung für den Haushalt einkalkuliert hat, eingehalten werden, bleibt angesichts des gesamtwirtschaftlichen Umfelds sehr ungewiss.

In diesem Kontext ist die Besiedlung des Neubaugebiets „Alter Damm“, nach der Freigabe Ende März/Anfang April diesen Jahres durch die Gemeinde, zu sehen.

In den Jahren 2004 bis 2008 will die Verwaltung insgesamt Grundstückserlöse von annähernd 9 Mio. € erzielen. Diese Erlöse verteilen sich auf innerörtliche Flächen und auf das Neubaugebiet „Alter Damm“.

Im vorgelegten Haushaltsplanentwurf ging die Verwaltung in diesem Jahr von Einnahmen durch Grundstücksverkäufe in Höhe von 2,5 Mio. € aus.

Grundstückserlöse „Alter Damm“

Durch ein ungeschicktes Vorgehen der Verwaltung gegenüber Öffentlichkeit und Gemeinderat bei der Diskussion um die zentrale Wärmeversorgung im Neubaugebiet war wertvolle Zeit vertan worden.

Die Nachfrage nach Baugrund ist inzwischen deutlich zurückgegangen.

Der damalige Grundstückskauf - in der guten Absicht getätigt, das Umlageverfahren und die Erschließung zu beschleunigen - hat sich dadurch zu einem teuren Unterfangen entwickelt.

Für etliche Jahre sind Gelder gebunden, die den Gestaltungsspielraum der Gemeinde Mutterstadt massiv einschränken.

Die CDU-Fraktion mahnt in diesem Zusammenhang an, dass eine Kostenkalkulation für die Grundstücke durch die Gemeindeverwaltung immer noch nicht vorliegt. Wir fordern deshalb nochmals eine detaillierte Aufstellung aller bisherigen Kosten für die Grundstücke am „Alten Damm, wie z.B.

- Kauf der Grundstücke im Rahmen des Umlegungsverfahrens im Jahr 2001
- bisher angelaufene Zinsen für den dafür aufgenommenen Kredit
- auf die Gemeinde entfallene Verfahrens- und Erschließungskosten
- und angefallener Verwaltungsaufwand.

Der Erlös aus den Grundstücksverkäufen im Neubaugebiet „Alter Damm“ war im bisherigen Haushaltsplanentwurf mit 1.500.000,00 € beziffert.

Um 1,5 Mio. € zu erzielen, müssten Sie, Herr Bürgermeister, in diesem Jahr ca. 20 Grundstücke verkaufen!

Im vergangenen Jahr wurde nur ein einziges Grundstück verkauft, weitere Kaufzusagen oder ernsthafte Kaufabsichten liegen nach Aussage der Verwaltung bisher nicht vor.

Die innerörtlichen Flächen:

- a) Geländeareal in der Oggersheimer Straße 42ff
- b) Emmerich-Haus mit den gegenüber zukünftig leer stehenden Garagen der Feuerwehr, dem Grundstück in der Luitpoldstraße 12 und dem Gelände neben dem Alten Rathaus
- c) Baugrundstücke, die durch die Auflösung von Kinderspielflächen entstanden sind, sollten dieses Jahr 1.050.000,00 € erbringen.

Unser Fazit:

Die im Haushaltsentwurf eingestellten Einnahmen waren nach Einschätzung der CDU-Fraktion für das Jahr 2005 in Höhe von 2,5 Mio. € nicht realistisch - sogar unehrlich.

Deshalb haben wir dem Bürgermeister signalisiert, dass es der CDU schwer fallen würde, dem Haushalt bei diesen großen Unsicherheiten bzgl. der Finanzierung zuzustimmen.

Im Sinne eines ehrlichen Haushaltes hatte die CDU-Fraktion vor zu beantragen, die Einnahmen aus Grundstückserlösen um 1,5 Mio. € im Haushaltsplan zu reduzieren.

Wie wir inzwischen wissen, sind auch andere Fraktionen in diesem Sinne beim Bürgermeister vorstellig geworden.

Die CDU freut sich, dass ihr Anstoß auf fruchtbaren Boden gefallen ist und die Verwaltung jetzt mit einem veränderten Finanzierungsvorschlag zur Deckung des Haushaltes aufwartet. Diesem Vorschlag folgen wir gern.

Es würde die CDU-Fraktion sogar freuen, wenn bei der Erstellung eines Nachtragshaushaltes für 2005 die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen entgegen unserer pessimistischen Auffassung reichlich geflossen sind.

Johann-Wilhelm-Emmerich-Haus

Für das Johann-Wilhelm-Emmerich-Haus ist mittlerweile ein Wertermittlungsgutachten in Auftrag gegeben worden.

Das dringend benötigte und seit Jahren von der CDU geforderte Nutzungs- und Vermarktungskonzept für gemeindeeigene Grundstücke fehlt leider immer noch.

Die Planungsvorschläge des Bauamtes für ein Ortsentwicklungskonzept „Bereich Historisches Rathaus - Emmerich-Haus“, die im Oktober 2004 in den zuständigen Ausschüssen gezeigt wurden, beschränkten sich auf Fotos über den Gebäudebestand und nicht lesbare Flächenpläne.

Ein durchdachtes Konzept bleibt die Bauverwaltung wie so oft schuldig.

Das Emmerich-Haus soll nach dem Auszug der Feuerwehr im September 2005 so schnell wie möglich geschlossen und verkauft werden.

Die Türkisch-Islamische Union Mutterstadt e.V. hat in einem Schreiben an die Verwaltung von Ende November 2004 ihr Interesse an einem Kauf der Immobilie mitgeteilt. Eine Konzeption über die zukünftige Nutzung des Gebäudes bzw. des Grundstücks soll folgen. Bei der zukünftigen Nutzung sind noch viele Faktoren zu klären und zu bedenken. Es besteht noch erheblicher Klärungsbedarf.

Verschuldung der Gemeinde

Schuldenstand 31.12.2003:	2.242.249,61 €	
Vorgesehene Kreditaufnahme 2004:	2.961.000,00 €	(Stand: Nachtragshaushalt)
Tilgung 2004:	110.000,00 €	
Palatinum (Stand 01.01.2005):	6.524.000,00 €	
Schuldenstand Beginn 2005:	= 11.617.250,00 €	

## Schuldenstand

Abwasserbeseitigung 2.340.000,00 € (Stand 01.01.2005)

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2005 beläuft sich der Gesamtschuldenstand inkl. Palatinum auf 11.617.250,00 €. Das sind pro Einwohner fast 900,00 €. Damit hat Mutterstadt in seiner Geschichte einen traurigen Schuldenrekord erreicht.

Zinsausgaben in Höhe von 640.500,00 €

Die Zinsausgaben an den Kreditmarkt und für Kassenkredite belaufen sich auf 325.000,00 €. Hinzu kommen im Wirtschaftsplan Palatinum Ausgaben von 315.500,00 € für Zinsen von Darlehen und Kassenkrediten. Die Gesamtsumme beträgt somit 640.500,00 € Personalausgaben

Große Probleme hat die CDU-Fraktion auch mit den Personalausgaben.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder betont, dass durch Umstrukturierungen der Verwaltung die Personalkosten günstiger gestaltet werden müssen. Die CDU stellte bei der Verabschiedung des Haushaltes 2004 mit Genugtuung fest, dass sich die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr nicht erhöht hatten. Umso kritischer beurteilt unsere Fraktion die Tatsache, dass in diesem Haushalt die Personalkosten um 110.000,00 € höher angesetzt sind.

Diese Entwicklung stimmt die CDU sehr bedenklich. Die Verwaltung muss uns Wege aufzeigen, wie diese Ausgaben in einem begrenzten Rahmen zu halten sind.

## Neubau Feuerwehrgerätehaus

Die CDU freut sich darüber, dass im Laufe des Jahres der lang erwartete Umzug der Freiwilligen Feuerwehr in das neu gebaute Gerätehaus entlang der Neustadter Straße erfolgen kann. Die räumliche Situation im Emmerich-Haus und den benachbarten Garagen entsprach schon seit Jahren nicht mehr den heutigen Anforderungen einer modernen und leistungsfähigen Feuerwehr und machte den Neubau erforderlich.

Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 3.525.000,00 €. Es fallen ab diesem Jahr schon Folgekosten an, über deren Höhe aber noch die Erfahrungswerte fehlen.

Bei allen, die zu diesem erfolgreichen Gelingen des Neubaus beigetragen haben, möchten wir uns recht herzlich bedanken.

## Palatinum

Das Palatinum mit seinem Angebot ist das Kulturzentrum im Rhein-Pfalz-Kreis und macht damit Mutterstadt attraktiv.

Damit wir uns auch zukünftig diese Einrichtung leisten können, haben CDU-/SPD-/FWG-Fraktion ein betriebswirtschaftliches Gesamtkonzept für den Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Palatinum beantragt. Dieses liegt nun vor und ist in einer Gemeinderatssitzung Ende Januar von der Firma UDF Consulting AG vorgestellt worden.

Die CDU sieht daraus resultierend einen vorrangigen Handlungsbedarf für die Verwaltung bei folgenden Sachverhalten:

- a) die Kundenbindung zu stärken und damit die Auslastung zu steigern
- b) die Zusammenarbeit mit der Firma Salten-Gastspiele vertraglich neu zu regeln
- c) die personellen und organisatorischen Zuständigkeiten durch Geschäftsanweisungen klar festzulegen
- d) die Vernetzung zur Gemeindeverwaltung zu verbessern
- e) eine personelle Regelung bzgl. des Kartenvorverkaufs herbeizuführen und
- f) ein zeitnahes Kostencontrolling einzuführen.

In der Vergangenheit hat die Verwaltung das Palatinum verschiedentlich kostenfrei zur Verfügung gestellt. Zukünftig müssen solche Freistellungen überdacht werden. Des Weiteren sollen solche Fälle betriebswirtschaftlich verrechnet werden.

Die CDU begrüßt, dass auf Anregung des Rechnungsprüfungsausschusses im Haushaltsplan und für die Jahresrechnung der Gemeinde die Ausgaben des Palatinums nach Betriebskostenanteil und Abschreibungen nun unterteilt werden.

## Terrassenbelag Palatinum

Wegen massiver Mängel des Terrassenbelags ist von der Gemeindeverwaltung ein sog. Beweissicherungsverfahren eingeleitet worden. Der Bürgermeister hatte aber im Verlauf des Verfahrens im August 2002, ohne Not die Überweisung der Restschuld der Gemeinde gegenüber dem Hersteller vorgenommen, obwohl die eklatanten Mängel nicht behoben waren. Deshalb erfolgte auch die Nichtentlastung des Bürgermeisters durch den Rat.

„Die Kreisverwaltung hat deswegen die Entscheidung des Bürgermeisters, den Sicherheitseinbehalt in Höhe von mehr als 27.000,00€ an die Firma Maas auszuzahlen, formal beanstandet und verlangt, vorrangig die Nachbesserung des Holzbelags durch die Firma Maas zu betreiben. Sollte dies ohne Erfolg bleiben, sei - so die Kreisverwaltung in ihrer Beanstandungsverfügung - die Verantwortlichkeit nach § 86 Landesbeamtengesetz (LBG) zu prüfen und ggf. der Bürgermeister haftungsrechtlich heranzuziehen.“

Zitat: Brief der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vom 31.01.2005

Die CDU erwartet eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung über die weitere Vorgehensweise.

Im Jahr 2004 hat die Verwaltung im Wirtschaftsplan des Palatinums 127.000,00 € für die Erneuerung des Terrassenbelags eingestellt.

## Bibliothek

Viele bundesweite und regionale Veranstaltungen haben sich besonders im letzten Jahr mit dem Lesen beschäftigt. Dabei sollte dieser wichtige Aspekt unserer Bildung wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses, besonders bei Kindern und Jugendlichen, gerückt werden.

Die CDU-Fraktion mit ihrem Ersten Beigeordneten Konrad Heller sieht sich angesichts dieser aktuellen Entwicklung in ihrer Auffassung bestätigt, dass für unsere Bibliothek auch zukünftig Folgendes gelten muss:

- a) der aktuelle Standard soll erhalten werden
- b) das Angebot soll am sich ändernden Bedarf orientiert sein
- c) neue Medien und Datenträger sollen berücksichtigt werden.

Wir danken Frau Bauer und ihrem Team - die trotz des reduzierten Budgets durch unterschiedlichste Veranstaltungen die Bibliothek attraktiv präsentiert haben. Das ist kreative und vorbildliche Arbeit. Herzlichen Dank.

## Schulen

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird für die Sanierung der Toilettenanlage in der Pestalozzi-Grundschule ein Betrag von 5.000,00 € eingestellt. Außerdem hat die Verwaltung zugesagt, dass die WC-Belüftung überprüft wird.

Durch reine Eigeninitiative von Eltern kann der Schulhof in der Grundschule „Im Mandelgraben“ umgestaltet werden. Die Gemeinde beteiligt sich in diesem Jahr mit 3.000,00 € für den Erwerb von Eichenholzstämmen und mit unterstützendem Personaleinsatz durch die Mitarbeiter des Bauhofs.

## Jugendtreff

Der Jugendtreff kostet die Gemeinde Mutterstadt im Jahr 161.600,00 €

Die CDU hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass sie mit der Umsetzung des aktuellen Konzeptes nicht zufrieden ist.

Die Sitzung des Sozialausschuss Mitte Oktober 2004, in der die Fortschreibung des Konzeptes beraten und beschlossen werden sollte, hat gezeigt, dass eine stärkere Führung durch den zuständigen Dritten Beigeordneten dringend geboten ist.

Seit einigen Tagen liegt ein diskussionsfähiges Konzeptpapier zur weiteren Beratung in den Fraktionen vor.

Schon jetzt begrüßt die CDU sehr, dass die Mitarbeiter des Jugendtreffs die pädagogische Leitung für die Ortsranderholung der AWO im Juli und August in der Walderholungsstätte übernehmen.

Nach Ansicht der CDU sollte auch eine stärkere Vernetzung des Jugendtreffs mit den Mutterstadter Vereinen aufgebaut werden.

Auch die Ankündigung den Eingangsbereich (d.h. das Treppenhaus) des Jugendtreffs freundlicher und ansprechender für Jugendliche gestalten zu lassen, findet bei der CDU-Fraktion Zustimmung.

## Jugendvertretung

Die Gemeinde Mutterstadt hat im Jahr 1997 eine Jugendvertretung eingerichtet, welche seit der neuen Legislaturperiode dem ersten Beigeordneten anvertraut ist.

Die Mitglieder lieferten in letzter Zeit gute Anregungen, beispielsweise als es um die Schulwegsicherung bzw. zum Radweg Waldstraße und Schifferstadter Straße ging.

Die Jugendvertretung sollte zukünftig auch in die Beratungen über die Fortschreibung des Konzeptes für den Jugendtreff miteingebunden werden.

Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Ausschüssen und der Jugendvertretung funktioniert.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei den Jugendlichen, insbesondere bei ihrer Vorsitzenden Kathrin Hammer, für die engagiert geleistete Arbeit.

## Kinderspielplätze

Für die Erneuerung der Kinderspielplätze sind 20.000,00 € vorgesehen.

In diesem Zusammenhang möchte die CDU an ihre Forderung im letzten Jahr erinnern, dass ein Kinderspielplatzkonzept für den gesamten Ortsbereich unter Einplanung einer Spielplatzfläche in der Nähe des Palatinums vorzulegen sei.

Erst nach Verabschiedung des Konzepts sind sinnvolle Investitionen in den Erhalt und Ausbau möglich.

## Freizeitflächen für Jung und Alt

Auf Anregung von rüstigen Senioren aus dem Ort hat die CDU den Antrag gestellt, einen Bocciaplatz einzurichten. Dieser, so unsere Begründung, könnte von Jung und Alt gemeinsam in Mutterstadt genutzt werden.

Die Meinungsbekundung des Sprechers des Seniorenkreises in der Rheinpfalz vom 11.02.2005, es handele sich hierbei um einen Fasnachtsscherz, müssen wir zurückweisen, denn hier sind keine „billige Sheriffs“ gesucht, wir wollen ein Beispiel des Miteinanders von Jung und Alt.

Wir können nicht nachvollziehen, dass eine vernünftige und zukunftsweisende Idee, die anderswo in ähnlicher Weise umgesetzt und vom Land ausgezeichnet wurde, hier lächerlich gemacht wird.

Die CDU steht zu ihrem Antrag und vertritt die Auffassung, dass der Bauhof dies mit geringen finanziellen Mitteln umsetzen kann.

## Seniorenfahrten

Durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschuss und des Gemeinderats fand im Jahr 2004 die letzte Seniorenfahrt, die von der Gemeindeverwaltung organisiert wurde, statt.

Auslöser für diese Entscheidung war letztendlich die Beanstandung der Kommunalaufsicht. Sie ist der Auffassung, dass es nicht Aufgabe einer Verwaltung sei, solche Reisen zu organisieren, da dies in dieser Form unbestritten privatwirtschaftliche Unternehmungen sind.

Die CDU begrüßt, dass es mittlerweile private Initiativen in Mutterstadt gibt, die diese Seniorenfahrten in ähnlicher Form fortführen.

## Verkehr - Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 30 Km

Die CDU-Fraktion hat beantragt:

1. in der Oggersheimer Straße eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Km im Bereich des Altenwohnheimes als Sofortmaßnahme einzurichten (ab Untere Kirchstraße bis Einmündung Luitpoldstraße)
2. für die Oggersheimer Straße die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Km auf den Bereich zwischen Höhe Altes Rathaus im Süden und inkl. Einmündung Robert-Blum-Straße im Norden zu erweitern sowie

in der Ruchheimer Straße eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Km ab Höhe Einmündung Ritterstraße in Richtung Oggersheimer Straße und ab Höhe Einmündung Ritterstraße bis Einmündung nördliche Luitpoldstraße unter Berücksichtigung bisheriger Halteverbote ein absolutes Halteverbot einzurichten.

Auszugsweise haben wir unseren Antrag wie folgt begründet:

Die Oggersheimer Straße zwischen Ruchheimer Straße und südlicher Luitpoldstraße in Höhe Rathaus führt stark gewunden durch die Ortslage, verfügt über keine sicheren Bewegungsflächen, hat nur „gefährlich schmale“ Gehwege (!) und kann das sichere Fahrbahnqueren nicht einmal ansatzweise garantieren! Vor allen Dingen Kinder und ältere Menschen (z.B. die Bewohner des dortigen Altenwohnheimes) sind völlig überfordert und unterliegen einer permanenten Verkehrsgefährdung.

Der Knoten Oggersheimer Straße/ Friedhofstraße/ Ruchheimer Straße/ nördliche Luitpoldstraße ist unübersichtlich und im Bereich der Einmündung der Ruchheimer Straße in die Oggersheimer Straße für insbesondere ältere Fußgänger und Kinder aufgrund der gesamten Gestaltung des dortigen Verkehrsraums gefährlich.

Wir freuen uns, dass FWG und SPD im Vorfeld der heutigen Sitzung Unterstützung signalisiert haben.

## Waldstraße

Von den Bewohnern der Waldstraße wird seit Jahren

- a) die hohe Verkehrsbelastung und
- b) die hohen gefahrenen Geschwindigkeiten beklagt.

Die CDU-Fraktion hat lange nach einem Weg gesucht, wie dem verständlichen Anliegen der Anwohner der Waldstraße nachgekommen werden kann.

Vorschläge, die bislang öffentlich angedacht wurden, müssen aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen verworfen werden:

1. Vorfahrtsregelung rechts vor links (wegen Hauptdurchfahrtsstrasse)
2. Tempo 30 Zone/ Tempo 30 Streckenverbot

Die CDU-Fraktion hat dem Gemeinderat ein Konzept vorgeschlagen, was sowohl zur Geschwindigkeitsreduzierung als auch zum Schutz der Radfahrer in der Waldstraße beitragen kann.

In diesem Kontext will die CDU aber auch zum Ausdruck bringen, dass eine umfassende Beruhigung erst mit der Anbindung der L 524 an die B 9 erfolgen wird.

Auch für weitere Straßenzüge in Mutterstadt müssen Problemreduzierende Maßnahmen in die Wege geleitet werden.

Insbesondere wird sich die CDU-Fraktion einer Lösung des Verkehrsproblems bzgl.

- durchfahrende LKWs und
- landwirtschaftlichen Verkehr

annehmen.

Es muss doch endlich im Interesse aller unserer Mitbürger eine Lösung für die Anbindung an den Pfalzmarkt durch Ausbau von Feldwegen möglich sein!

## Grundwasserstand/ Südspange

Im Zeitraum von 2004 bis 2006 hat die Verwaltung 70.000,00 € vorgesehen für Maßnahmen zur Grundwasserabsenkung, davon 25.000,00 € allein in diesem Jahr.

Die Südspange spielt bei der Entwässerung unserer Gemarkung, durch einen besseren Abfluss des Oberflächenwassers im westlichen Bereich, eine zentrale Rolle.

Nach den Ausführungen in der letzten Ratssitzung durch das Planungsbüro des Gewässerzweckverbandes Isenach - Eckbach sprechen einige Argumente für die favorisierte Trasse durch den Mutterstadter Wald.

Bis zu einer Entscheidung unsererseits möchten wir noch abwarten, was die weitere Variante bringen wird. Die CDU will die Planungsgrundlagen des Büros nachvollziehen können.

Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, dass der alte Eichenbestand nicht gefährdet wird.

Wir fordern die Verwaltung auf, uns zukünftig besser, schneller und umfangreicher zu informieren.

Das Thema ist so wichtig, dass der Bürgermeister einen Angestellten der Verwaltung zur Verbandsversammlung schickt, bei der zukunftsweisende Entscheidungen getroffen werden.

Wir hoffen, dass eine Realisierung der Südspange ab dem Jahr 2007 möglich ist.

Agenda 21

Die Agenda 21 hat in den 5 Jahren ihres Bestehens eindrucksvolle und umfangreiche Arbeit geleistet. Sie hat unser aller Sicht damit auf Themen gelenkt, die für die weitere Entwicklung Mutterstadts von besonderer Bedeutung sein können.

Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit ist ein gemeinsames Projekt von Agenda 21 und Gemeindeverwaltung. Das Ergebnis dieses Projektes wurde unter dem Titel „Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt - Mutterstadt auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ im letzten Jahr dem Gemeinderat vorgestellt. Es sieht vor, für Aspekte, die für die Zukunft Mutterstadts als wesentlich erachtet werden, Indikatoren zu erstellen. Diese Indikatoren können umweltbezogene, wirtschaftliche oder soziale Aspekte betreffen. Sie sollen jährlich erhoben und bei künftigen Entscheidungen mit beachtet werden.

Wir halten dies für eine hervorragende Idee. Wir haben eine Analyse des Papiers vorgenommen. Die CDU beabsichtigt für ihre Diskussion einige Indikatoren aufzugreifen und bei unseren zukünftigen Entscheidungen zu bedenken.

Die CDU bedankt sich herzlich bei der Agenda 21 und bei der Gemeindeverwaltung für diese Anregung.

Städtepartnerschaft

Mit viel privatem Engagement sind in den letzten fünf Jahren Brücken nach Polen und nach Frankreich entstanden. Der Partnerschaftsverein war hierbei die treibende Kraft.

Wir wünschen uns für die kommenden Jahre, dass hoffentlich viele gegenseitige Begegnungen durch Schulen, Vereine und Gruppen zu Stande kommen und sich aus dem Kennen lernen wirkliche Freundschaften entwickeln.

Vielen Dank dem Partnerschaftsverein für die geleistete Arbeit, insbesondere seinem Vorsitzenden Hans-Dieter Kuch.

Friedhofserweiterung

Seit Jahren stellen wir Gelder für eine Erweiterung des Friedhofs ein, die wir dann von einem ins andere Jahr schieben. In diesem Haushaltsjahr sind es wieder 26.000,00 €

Nach Aussage der Verwaltung besteht in wenigen Jahren ein konkreter Platzbedarf.

Bevor wir über eine Erweiterung des Neuen Friedhofes entscheiden, sollte über eine weitere Nutzung des Alten Friedhofes erneut nachgedacht werden.

Die CDU fordert die Verwaltung auf, uns möglichst bald über die weitere Vorgehensweise zu informieren.

Zu folgenden Themen haben wir von der Verwaltung noch keinen aktuellen Sachstandsbericht vorliegen:

- Radweg Mutterstadt - Limburgerhof (entlang der Speyerer Straße)
- Kostenanteil Hallen- und Freibad „Aquabella“: Verhandlungsstand der Gemeinde Mutterstadt mit der Kreisverwaltung Rhein-Pfalz
- Organisatorische Maßnahmen im Bauhof zur Bestandskontrolle
- Einrichtung eines Hausmeisterpools - hat er das gebracht was man sich erhoffte?
- Wir bitten Sie, diese Informationen uns möglichst bald zu liefern.

Für die gute Zusammenarbeit im Rat möchten wir uns bei allen Kollegen und Kolleginnen bedanken. Für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf gilt Herrn Hammer ein herzliches Dankeschön.

Nicht ohne gewisse Bedenken stimmen die Mitglieder der CDU-Fraktion der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2005 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

#### **Haushaltsrede von Hannelore Klamm (SPD):**

Die wichtigste Aufgabe eines Gemeinderates ist der Erlass einer Haushaltssatzung mit einem Haushaltsplan, der die Grundlage für die Haushaltswirtschaft einer Gemeinde bildet.

Uns - dem Gemeinderat Mutterstadt - liegt heute der Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2005 zur Verabschiedung vor.

Die SPD-Fraktion hat sich - wie in der Vergangenheit - intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und hat keine grundsätzlichen Bedenken an dem umfangreichen Zahlenwerk. Festzustellen ist, dass auch in diesem Jahr gespart werden muss, da sich die finanzielle Lage der Gemeinde nicht verbessert hat. Und dies wird auch noch einige Jahre so bleiben. Wir haben jedoch die Hoffnung, dass nach Ende der Erschließung des Neubaugebietes „Alter Damm“ durch Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken endlich das „Licht am Ende des Tunnels“ erscheint und Gemeinde und Gemeinderat wieder Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde haben.

Diese Gestaltungsmöglichkeiten brauchen wir, wenn wir unsere Gemeinde fit machen wollen, den Wohnwert steigern und die Infrastruktur unserer Gemeinde weiter verbessern wollen, um die Auswirkungen der vorhergesagten negativen demographischen Entwicklungen in Rheinland-Pfalz, im Rhein-Pfalz-Kreis, in Mutterstadt abmildern zu können.

Weitere Handlungsspielräume können zukünftig aber auch durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen geschaffen werden. Die interkommunale Zusammenarbeit ist grundsätzlich nicht neu, sondern hat sich bereits in der Vergangenheit bestens bewährt. Leider ist in Mutterstadt davon noch nichts zu bemerken. Die SPD-Fraktion hat bereits zum Haushalt 2003 Anträge mit Vorschlägen zur interkommunalen Zusammenarbeit gestellt, getan hat sich nichts.

Bereits vor über vierzig Jahren hat die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung ihr erstes Grundlagenwerk zum Thema „Zwischengemeindliche Zusammenarbeit“ veröffentlicht und darin ausgeführt: „Die Gründe, die zu einer zwischengemeindlichen oder überörtlichen Behandlung kommunaler Aufgaben veranlassen, sind Zwangs- und Mangellagen, Funktionsstörungen, erwartete Funktionsverbesserungen, Erwägungen wirtschaftlicher oder technischer Zweckmäßigkeit“. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Nicht zuletzt wird die demographische Entwicklung mit verringerten Einwohnerzahlen und einer immer älter werdenden Bevölkerung den Problemdruck schon in naher Zukunft spürbar erhöhen. Die interkommunale Zusammenarbeit bietet Möglichkeiten, diesen Druck als positive Energie zu nutzen. Wir sind deshalb aufgerufen, auf freiwilliger Basis zukunftsfähige Strukturen einzurichten.

Auch das von der SPD bereits 2003 geforderte Immobilienmanagement für die gemeindeeigenen Liegenschaften lässt immer noch auf sich warten. Dazu ist zu sagen - und dies habe ich in meiner Haushaltsrede 2003 schon getan und dies gilt leider für Mutterstadt immer noch: „Mit kommunalem Grund- und Gebäudevermögen werden in erheblichem Maße finanzielle und personelle Ressourcen gebunden. Dennoch ist festzustellen, dass über die jeweilige Nutzung und das laufende Haushaltsjahr hinaus kaum eine ganzheitlich orientierte Sichtweise üblich ist. Der kommunale Immobilienbestand wird eher verwaltet denn gezielt strategisch entwickelt“. - Zitat Ende - Sehr geehrter Herr Bürgermeister, dem werden Sie kaum widersprechen können.

Der Verwaltungshaushalt 2005 kann ausgeglichen werden, was im Vergleich zu vielen anderen Kommunen nicht selbstverständlich ist. Dies ist zwar erfreulich, aber nicht befriedigend. Die Zuführungen an den Vermögenshaushalt sind nicht ausreichend, um die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtzuführung in Höhe von 160.000,00 € zu ermöglichen. Dennoch ist zu erkennen, dass die vom Gemeinderat seit



Jahren geforderten Konsolidierungsmaßnahmen langsam greifen. Es ist und bleibt erforderlich, die Ausgaben permanent kritisch zu prüfen. Der jeweilige Ansatz im Haushaltsplan darf nicht als „Freibrief“ verstanden werden, die Beträge zu verausgaben.

Dass die Konsolidierung nicht einfach ist, hat mehrere Ursachen:

- Die Entwicklung der Personal- und Sachkosten weist eine stetige Steigerung aus. Hier vermissen wir ein wirksames Kosten- und Personalmanagement, wie es heute in jedem Privatbetrieb gang und gebe ist. Auch eine öffentliche Verwaltung muss sich heute unter veränderten Rahmenbedingungen als Dienstleistungsunternehmen verstehen mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind.
  - Die Kosten (ohne Investitionen) der sozialen und kulturellen Einrichtungen wie Gemeindebibliothek, Seniorentagesstätte, Jugendtreff, Sportpark, Kegelcenter, Neue Pforte, Haus der Vereine, Emmerich-Haus, Walderholung und Palatinum liegen im Planansatz 2005 bei 1.205.000,00 € und damit um 58.000,00 € höher als im Jahr 2003.
- Dies sind freiwillige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, die von uns gewollt sind und auf die wir stolz sein können. Unser gemeinsames Ziel muss sein, diese Qualität zu erhalten.

Lassen Sie mich jetzt auf einige weitere wesentliche Punkte zum Haushalt und der Gemeindepolitik kommen.

#### Grundwasser

Ein Thema, das uns seit einigen Jahren begleitet und noch in den nächsten Jahren begleiten wird, ist der hohe Grundwasserstand in der Mutterstadter Gemarkung. Die im uns vorliegenden Gesamtkonzept geplante so genannte „Südspange“ zur besseren Wasserableitung ist nach der Umweltverträglichkeitsprüfung, die uns vor kurzem vorgestellt wurde, bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in Mutterstadt und Limburgerhof ein ganz wichtiges Thema. Die SPD-Fraktion wird sich intensiv mit den drei möglichen Varianten für die „Südspange“ auseinandersetzen, wenn die Planung und die Umweltverträglichkeitsprüfung für die „Südspange“ auch in der Variante II a vorliegt. Die intensive Diskussion der drei Varianten und die letztendliche Entscheidung dürfen wir uns als hauptbetroffene Gemeinde nicht aus der Hand nehmen lassen. Eines ist aber klar: Wir brauchen eine Südspange, um sinnvolle und bezahlbare lokale Maßnahmen durchführen zu können, wenn wir den vom Grundwasserstand Betroffenen helfen wollen. Und wir erwarten umfassende Informationen und hoffen auf eine sachliche Diskussion im Gemeinderat mit seinen zuständigen Fachausschüssen aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Eine unsachliche und emotionale Diskussion wie im Vorfeld der Planungen für das Holzhackschnitzelheizwerk ist weder sachdienlich noch zielführend.

#### Feuerwehrgerätehaus

„Was lange währt, wird endlich gut!“ Mit dem neuen und dringend notwendigen Feuerwehrgerätehaus wird ein Großprojekt, das seit Jahren auf der Agenda der SPD-Fraktion stand, endlich verwirklicht. Mit diesem Neubau werden sinnvolle und vernünftige Rahmenbedingungen für unsere Freiwillige Feuerwehr geschaffen, die nicht nur die Sicherheit für unsere Feuerwehrleute sondern auch zum Schutz der Bürger einen zügigen Einsatz im Ernstfall gewährleisten.

Erfreulich ist außerdem, dass der veranschlagte Kostenrahmen auch in Hinblick auf die Haushaltslage der Gemeinde voraussichtlich nicht überschritten wird und die von der Landesregierung bewilligten Zuschüsse nicht auf sich warten lassen.

Am 10. September wird das Feuerwehrgerätehaus offiziell eingeweiht und das Johann-Wilhelm-Emmerich-Haus geräumt. Welcher Nutzung das Emmerich-Haus zugeführt wird, ist noch offen. Der Gemeinderat hat die Bauverwaltung beauftragt, ein Wertgutachten erstellen zu lassen, um bei einem eventuellen Verkauf realistische Zahlen zu haben. Eine weitere Möglichkeit ist eine Neubebauung auf dem Grundstück des Emmerich-Hauses und des gegenüber liegenden Platzes einschließlich der Fläche mit den gemeindeeigenen Gerätehallen. Auch hierzu erging der Auftrag an die Bauverwaltung, nach einem eventuell interessierten Bauträger zu suchen. Die SPD-Fraktion hofft, dass die Bauverwaltung in nächster Zeit Ergebnisse vorstellen kann.

#### Grundstücksverkäufe

Es ist erfreulich, dass sich die Erschließung unseres attraktiven Neubaugebietes dem Ende nähert und in den nächsten Wochen abgeschlossen werden kann. Die SPD-Fraktion hofft, dass dann auch der Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücke vorankommt. Wir halten es jedoch nicht für realistisch, dass die Gemeinde in diesem Jahr im Neubaugebiet „Alter Damm“ und innerorts Grundstücke für 2,55 Mio. € verkauft wie bisher im Haushaltsplan ausgewiesen. Es dient der Haushaltswahrheit, dass diese Summe im Haushaltsplan um 1,45 Mio. € auf 1,1 Mio. € reduziert wird. Sollte der Grundstücksverkauf erfreulicherweise doch besser laufen und die Einnahmen dadurch höher sein, kann dies im Nachtragshaushalt berichtigt werden.

#### Verkehr

Die SPD-Fraktion begrüßt jede Initiative, die zur Verkehrsberuhigung in Mutterstadt beiträgt. Die Verkehrsberuhigung ist seit vielen Jahren eines der Hauptanliegen der SPD-Fraktion. Viele Anträge zur Geschwindigkeitsreduzierung wurden von uns gestellt, die im Gemeinderat nicht immer eine Mehrheit fanden. Einige Vorschläge sind auch am Veto unseres Bürgermeisters gescheitert. Umso erfreulicher ist es, dass unser Bürgermeister das Gremium für Verkehrsfragen endlich wieder eingeladen hat, um mit den Mitgliedern des Gremiums die Verkehrsproblematik zu beraten und nach Lösungsvorschlägen zu suchen. Es ist zu hoffen, dass die bereits erarbeiteten Vorschläge zur Verbesserung in der Waldstraße und in der Schifferstadter Straße schnell umgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion hat in diesem Zusammenhang beantragt, die LKW-Durchfahrtsverbot-Schilder außerörtlich wieder anzubringen, da seit dem Entfernen dieser Schilder der Schwerlastverkehr durch den Ort erneut zugenommen hat.

#### Spielplatz Bereich Hanfröste/Palatinum/Messplatz

Der fehlende Spielplatz in diesem Gebiet ist immer wieder Thema im Gemeinderat. Erfreulicherweise hatte sich vor fast einem Jahr die TSG bereit erklärt, ihre Gymnastikwiese hinter dem Palatinum zur Verfügung zu stellen. Sowohl in einer Bauausschuss-Sitzung als auch im Ältestenrat teilte dies die SPD-Fraktion Bürgermeister Ledig mit. Wie wir auf unsere Nachfrage in der letzten Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung leider erfahren mussten, ist die Verwaltung bisher nicht tätig geworden. Wären die erforderlichen Gespräche mit dem Vorsitzenden der TSG und den Anliegern im vergangenen Jahr gleich geführt worden, dann könnte der Spielplatz bereits in Betrieb sein. Hier muss jetzt unverzüglich gehandelt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einige Worte zu dem Antrag der CDU-Fraktion sagen, der den Vorschlag beinhaltet, gemeinsame Spielplätze für Jung und Alt zu errichten. Ob es sinnvoll ist, die Boule-, Boccia- oder Schachspielplätze in Kinderspielplätze zu integrieren, sei dahingestellt. Es ist mit Fachleuten zu diskutieren. Ob es sinnvoll und zumutbar ist, unsere Senioren als „Kontrolleure“ zu benutzen - ein engagierter Kreis von Senioren will dies offensichtlich laut Rheinpfalz - Pressebericht nicht. Die SPD-Fraktion hält es für nicht vertretbar, bei der derzeitigen Haushaltslage Geld für „gemeinsame Spielplätze für Jung und Alt“ auszugeben, die am Ende keiner will.

#### Palatinum

Kultur und Bildung kostet Geld und kann nicht kostendeckend sein. Dies ist eine Tatsache, die jede Kommune - sofern sie ein Kultur- und Bildungsangebot hat - akzeptieren muss. Entscheidend ist jedoch der Grad der Kostendeckung. Dass dieser für das Palatinum verbesserungswürdig ist, wurde in den Haushaltsreden der SPD in den vergangenen Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht. In einem gemeinsamen Antrag der CDU/SPD/FWG-Fraktionen wurde deshalb im vergangenen Jahr beantragt, durch eine Fachfirma ein betriebswirtschaftliches Gesamtkonzept erstellen zu lassen. Dieses Konzept liegt nun vor und es wurde dem Gemeinderat und dem Kulturausschuss in einer Präsentation vorgestellt. Derzeit wird das Konzept in den Fraktionen diskutiert. Es enthält positive Ansätze, die eine Einnahmeverbesserung versprechen. Es wird aber jetzt wieder einmal an der Verwaltung liegen und da nehmen wir Sie, Herr Bürgermeister, beim Wort, dem Gemeinderat schnellstens Vorschläge zur Umsetzung des Konzeptes zu machen. Dazu gehört - ich betone es - der Wille, zu Veränderungen bereit zu sein. Und dazu gehört auch der Wille, auf Vorschläge des Kulturausschusses einzugehen bzw. den Kulturausschuss mit in die Umsetzung einzubeziehen. Dies war in der Vergangenheit meistens nicht der Fall.

Aber - eines muss hier nach all den Horrorzahlen der letzten Monate und Tage auch festgehalten werden: Ohne Kapitalsdienst und Abschreibungen beträgt der Zuschussbedarf für das Palatinum etwa 200.000,00 € und liegt damit im Bereich von Gemeindebibliothek oder Sportpark.

Wir haben mit dem Palatinum eine Halle, um die uns viele beneiden und wir haben einen Kulturbetrieb für unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort, der zu der guten Wohnqualität in unserer Gemeinde beiträgt. Wir sollten deshalb alle daran arbeiten, dass dies auch so in Zukunft bleibt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in diesem Zusammenhang fragen wir Sie: Wann zeichnet sich endlich eine Lösung hinsichtlich des Terrassenbelages ab? Der grüne Teppich auf der Terrasse des Palatinums ist eine Notlösung und darf nicht zur Dauerlösung werden. Eine zentrale Frage wird in den nächsten Jahren auch in Mutterstadt die Entwicklung der Bevölkerung sein. Die Prognose des Statistischen Landesamtes sieht einen Rückgang von 25 % bis 30 % der Einwohner im Rhein-Pfalz Kreis bis zum Jahr 2050 voraus. Die Generation der über 60-jährigen wird um ein Drittel ansteigen und die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich gegenüber heute um 50 % erhöhen. Diese Entwicklung wird auch an Mutterstadt nicht spurlos vorüber gehen. Wir müssen deshalb auch in Mutterstadt Konzepte entwickeln, um ein fruchtbares Miteinander der Generationen zu erhalten. Dabei dürfen wir in den kommenden Jahren nichts unversucht lassen, dass Mutterstadt insbesondere für junge Familien ein attraktiver Wohnort wird. Im sich immer mehr abzeichnenden Wettbewerb zwischen den Gemeinden um „Köpfe“, um Bevölkerung müssen wir mit Kreativität und neuen Ideen nicht nur den Wegzug junger Familien zu verhindern versuchen sondern den Zuzug junger Familien fördern. Und wir müssen andererseits auch den Erhalt der Lebensqualität unserer Senioren gewährleisten.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die vielfältigen privaten Initiativen zur Fortführung der Seniorenfahrten in Mutterstadt.

Der vorliegende Haushaltsplan macht uns deutlich, dass wir in den kommenden Jahren weiterhin sparsam mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umgehen müssen. Auch wenn unsere Rücklagen ohne eventuelle Grundstücksverkäufe rund 7 Mio. € betragen, muss im Hinblick auf die weitere Konsolidierung des Haushaltes immer wieder geprüft werden, was machbar, was erforderlich für unsere Gemeinde ist. Dabei darf die Attraktivität unserer Gemeinde nicht auf der Strecke bleiben. Dies wäre am falschen Ende gespart.

Im Namen der SPD-Fraktion darf ich mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister Ledig, und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Zusammenarbeit bedanken, namentlich bei den Leiterinnen und Leitern der Fachabteilungen, der gemeindeeigenen Einrichtungen sowie der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Kern. Ich verbinde dies mit der Erwartung - wie in jedem Jahr - dass die Absichtserklärungen des Bürgermeisters und seiner Verwaltung und die Beschlüsse im Gemeinderat zeitnah und 1:1 umgesetzt werden.

Für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanes gilt unser Dank der Finanzabteilung, insbesondere Herrn Hammer. Bedanken darf ich mich auch bei den drei Beigeordneten, Herrn Schneider, Herrn Heller und Herrn Strub sowie bei der früheren Beigeordneten Rita Brechtel.

Die SPD-Fraktion dankt außerdem allen Ehrenamtlichen, die zum Gemeinwohl in dem vergangenen Jahr beigetragen haben. Diese ehrenamtliche Tätigkeit kann nicht hoch genug bewertet werden, denn ohne diese Arbeit wäre unsere Gesellschaft ein großes Stück ärmer. Wir sind daher auch dem SPD-Ortsverein dankbar, dass er in diesem Jahr erstmals einen Jugendehrenamtspreis ausgeschrieben hat. Unsere Jugend ist besser als der ihr manchmal zugeschriebene Ruf, sie will nicht nur Spaß - nein - sie engagiert sich oft in vielfältiger Weise in sozialen, sportlichen oder kirchlichen Bereichen und wie wir selbst als positives Beispiel sehen - im Mutterstadter Jugendgemeinderat. Dies gilt es mit allen Kräften zu unterstützen, um die Jugendlichen in ihrer Arbeit immer wieder zu motivieren.

Ausdrücklich bedanken will ich mich bei den Damen und Herren der Lokalen Agenda 21 und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Projektes „Indikatoren für ein Nachhaltiges Mutterstadt“. Dieser Bericht wird in den kommenden Jahren zur politischen Meinungsbildung unserer Fraktion, des Gemeinderates und seiner Fachausschüsse beitragen.

Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für bisherige gute Zusammenarbeit im neuen Gemeinderat und verbinde dies mit der Hoffnung, dass der Konsens im Gemeinderat immer im Vordergrund steht.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan mit dem Investitionsprogramm und den Wirtschaftsplänen für das Palatinum und der Abwasserbeseitigungseinrichtung zu.

#### **Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG):**

Sehr verehrter Herr Bürgermeister Ledig,  
verehrte Beigeordnete Herr Heller, Herr Schneider und Herr Strub, meine lieben Ratskollegen,  
liebe Zuhörer,

der uns vorliegende Haushaltsplan 2005 ist, wie in jedem Jahr, ein komplexes Zahlenwerk und wurde in zahlreichen Ausschusssitzungen diskutiert. Die Einzelpläne wurden durchforstet und nach Einsparmöglichkeiten gesucht, meistens ohne signifikanten Erfolg. So steigen z. B. die Personalkosten bei gleichem Geschäftsumfang immer weiter.

Der Verwaltungshaushalt 2005 liegt mit einem Volumen von 13,1 Mio. € auf gleichem Niveau wie der vorherige. Der rechnerische Ausgleich wurde erreicht, wobei jedoch die großen Einnahmeposten, wie der gemeindliche Anteil an Einkommen- und Gewerbesteuer, sowie als größter Ausgabeposten die Kreisumlage, im Laufe des Jahres größeren Schwankungen unterliegen können. Die vom Gesetzgeber geforderte Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 160 T€ kann nicht in voller Höhe erbracht werden, es existiert keine "freie Spitze."

Der Vermögenshaushalt 2005 bewegt sich mit 1,7 Mio. € im unteren Rahmen, was auf eine eingeschränkte Investitionstätigkeit zurückzuführen ist. Die Entscheidung der Verwaltung nur 1,1 Mio. € aus Grundstückserlösen in den Haushalt aufzunehmen, ist nach unserer Einschätzung richtig. Sollten im Laufe des Jahres dennoch höhere Erlöse aus dem Verkauf von Immobilien erzielt werden, können diese immer noch im Nachtragshaushalt der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Die freie Wählergruppe in Mutterstadt möchte nun zu folgenden Schwerpunkten Stellung nehmen:

Der Neubau der Feuerwache Am Alten Damm ist bis Mitte des Jahres abgeschlossen, der Umzug erfolgt im September. Somit kann der Ausbau der Jugendarbeit erfolgen. Zeitgleich müssen dann Verwertungskonzepte für das freierwerbende Emmerich-Haus vorliegen. Viel Unmut gab es bei der Leitung der Seniorentagesstätte, wegen der ersatzlosen Streichung der Seniorenfahrten. Hier vermissen wir die entsprechende Kommunikationsbereitschaft zwischen der Verwaltung und den Senioren. Die langjährige Erfahrung, welche die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung bei der Leitung der Fahrten gesammelt haben, sollte nicht ungenutzt bleiben. Es muss doch möglich sein, bei entsprechendem Bedarf mit ehrenamtlichem Engagement, diese Fahrten zu organisieren.

Ein weiterer Augenmerk sollte auf unsere Schulen gelegt werden. Wie wirkt sich die Bebauung des Neubaugebietes Am Alten Damm auf die Belegung und Nutzung der Pestalozzigrundschule in den nächsten Jahren aus?

Der Kultur- und Veranstaltungsbetrieb unseres Palatinums wurde durch ein umfangreiches Gutachten geprüft. Darin wird dieser Einrichtung ausdrücklich ein positives Erscheinungsbild bescheinigt. Die darin enthaltenen personellen und baulichen Änderungen sind sinnvoll und müssen diskutiert werden, zumal darin eine deutliche Effizienzsteigerung gesehen wird. Ein kompetenter Werkleiter könnte sich als Leiter des Palatinums große Verdienste erwerben.

Ein Themenschwerpunkt, meine Damen und Herren, ist der Verkehr in und um Mutterstadt. Die einsame Entscheidung, den LKW-Verkehr wieder ungehindert von allen Seiten durch unseren Ort rollen zu lassen, ist nicht richtig und muss zurückgenommen werden. Ge- und Verbote können sehr wohl durchgesetzt werden. Die FWG unterstützt ausdrücklich das Bürgerbegehren gegen den zunehmenden innerörtlichen Schwerverkehr und ist bereit auf Entscheidungen einzuwirken, diese unhaltbare Situation zu ändern. Wir haben in unserer Gruppierung ausgezeichnete Verkehrsexperten, die zusammen mit der Agenda, dem Jugendgemeinderat und weiteren Interessengruppen mehr Rückhalt von der Verwaltung bekommen müssen. Der zügige Ausbau des Wirtschaftsweges beginnend am Hundeplatz entlang der A 65 zum Pfalzmarkt entlastet unseren Ort vom landwirtschaftlichen Zubringerverkehr zum Pfalzmarkt. Der Radweg nach Limburgerhof ist gerade wegen des zunehmenden Schwerverkehrs dringlicher denn je. Nachdem, entgegen den Erwartungen der Verwaltung, fast alle Grundbesitzer ihre Zustimmung zur Abtretung des Geländes signalisiert haben, müssen nun schleunigst Verhandlungen mit dem Baulastträger zwecks Kostenübernahme geführt werden.

Ordnungsbeamte sind in unserer Gemeinde gern gesehen, sorgen sie doch dafür, dass der ruhende Verkehr reguliert und öffentliche Sicherheit im Ort gestärkt wird. Dies war ebenfalls die Absicht der freien Wählergruppe, als wir im Frühjahr 2004 einen Feldhüter für unseren Erholungswald und für die Gemarkung gewinnen konnten. Für weniger als seine Benzinkosten war dieser Mann bereit, für die Gemeinde seinen Dienst zu tun. Nach wenigen Wochen war es ihm bereits gelungen, im gut besuchten Wald für Ordnung zu sorgen. Auch in der Feldflur ging der verbotene Durchgangsverkehr, sowie die Selbstbedienung bei den Feldfrüchten deutlich zurück. Wegen mangelnder Unterstützung von Seiten der Verwaltung, insbesondere des Ordnungsamtes, gab der Feldhüter vor kurzem seinen Ausweis an die Gemeinde zurück. Dies bedauern wir zutiefst.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Ausführungen ist der Südspange gewidmet.

Seit nunmehr über vier Jahren ringen wir zusammen mit dem Isenach-Eckbach-Verband um eine Lösung für unser nach wie vor dringliches Grundwasserproblem. In vielen Studien, Vorträgen und Diskussionen wurden machbare Lösungen erarbeitet und in Presse und Ausschusssitzungen erörtert. Für die für unsere Gemeinde notwendige Südspange wurden zwei Varianten geprüft und als Ergebnis, die im ehemaligen Grabenverlauf des Floßbachs führende Variante gewählt. Die entscheidenden Vorteile, nämlich eine weitergehende Entlastung für die Gemeinde Neuhausen durch ein Schöpfwerk, sowie die sinnvolle Einbindung der Gemeinde Limburgerhof bei dieser Maßnahme, können durch die andere Grabenführung nicht erreicht werden. Weiterhin wird verkannt, dass eine ökologische Aufwertung unserer Gräben gerade in den Feuchtbereichen von den Fachleuten gefordert wird. Gerade der Grabenbau bietet große Möglichkeiten zur Verbesserung durch eine Biotopvernetzung sogar im Mutterstadter Wald. Beide Grabenvarianten unterqueren die Schnellbahntrasse, jedoch verlaufen die Geleise bei Rheingönheim-Limburgerhof ebenerdig und sind somit sehr schwer zu untertunneln. Die alte Floßbachvariante unter der Bahnlinie ist bereits vorhanden und die Bahn verläuft hier auf einem ca. 3 m hohen Damm. All diese Argumente wurden bei den Gutachten berücksichtigt und führten zu der jetzigen Lösung. Wir hoffen, dass auch die anderen Fraktionen im Gemeinderat hinter dieser, für unseren Ortsbereich ungeheuer wichtigen Maßnahme, stehen. Die lokale Agenda hat im letzten Oktober ihren Bericht "Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt" vorgelegt. Eine gute Arbeit, wie ich meine, beleuchtet sie doch viele Parameter des öffentlichen Lebens. Einige Anregungen möchten wir hier geben. Beim Thema Verkehr sollten die verschiedenen Parkmöglichkeiten im Ort erfasst werden. In die Rubrik Erholung sollte das Freizeitbad Aquabella mit in die Untersuchung einbezogen werden. Eine Bauflächenstatistik erhöht den Informationsgehalt in einem wichtigen Entwicklungsbereich Mutterstadts. Wir bedanken uns bei den Mitgliedern der lokalen Agenda für ihre Arbeit zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Gemeinde.

Meine Damen und Herren ich komme zum Schluss meiner Ausführungen, bei den Ratskolleginnen und -kollegen möchte ich mich für die faire Zusammenarbeit bedanken, herzlichen Dank an Herrn Bürgermeister Ledig und an die Beigeordneten Herrn Heller, Herrn Schneider und Herrn Strub für die geleistete Arbeit.

Mein Dank gilt allen Mitgliedern der Verwaltung, besonders den Abteilungsleitern allen voran dem Leiter der Finanzabteilung Herrn Hammer für seine schwierige Arbeit.

Der Haushaltsplan 2005, sowie der Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004-2008 zeigen eine geringe Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde. Eine signifikante Zuführung zu den Rücklagen ist nur im Jahr 2006 gegeben. Die freie Wählergruppe mahnt beim Bürgermeister ausdrücklich eine schnellere Umsetzung der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen an. So existiert gerade im Bereich der Fäkalienabfuhr schon seit nunmehr zwei Jahren ein Konzept für eine kostengünstigere Durchführung. Deshalb werden wir dem Entsorgungspreis in der vorgesehenen Höhe nicht zustimmen. Unsere Ratsfraktion wird kein einstimmiges Votum für oder gegen den Haushaltsplan 2005 abgeben. Wir werden weiterhin gemeinsam mit den anderen Fraktionen zum Wohl der Mutterstadter Bürger Ratsarbeit betreiben.

Vielen Dank

#### **Haushaltsrede von Dr. Ulrich Hettenbach (FDP):**

Der Haushalt der Gemeinde Mutterstadt ist seit Jahren angespannt. Wir müssen uns eingestehen, dass wir selbst daran Schuld sind, wir, der Bürgermeister und die Gemeinderäte. Sie, Herr Bürgermeister, haben Ihre diesjährige Neujahrsansprache mit der rhetorischen Frage beendet „Was wären wir ohne unser Palatinum?“. Die Antwort darauf lautet ganz einfach „schuldenfrei“. Die Gemeinde hat sich mit dem Bau des Sportparks und des Palatinums und dann mit dem Ankauf großer Grundstücke im Neubaugebiet „Alter Damm“ gewaltig übernommen. Leider hat sich diese Erkenntnis erst viel zu spät durchgesetzt. Die Kollegen von der FWG-Fraktion haben daraufhin sogar den dringend erforderlichen Neubau einer Feuerwache abgelehnt. Das wäre nach Überzeugung der FDP-Fraktion nun aber am völlig falschen Ende gespart gewesen. Immerhin wird diese letzte Großinvestition im Laufe des Jahres eingeweiht werden, sodass dann die Verschuldung der Gemeinde nicht noch weiter gehen muss.

Allerdings werden wir die Verschuldung nur dann zurückfahren können, wenn wir grundsätzlich alle unsere Leistungen in Frage stellen. Wir rechnen es dem Bundeswirtschaftsminister hoch an, dass er im Gegensatz zu seinen Vorgängern erstmals die volle Dimension der in unserem Lande herrschenden Arbeitslosigkeit genannt hat. Das zeigt uns aber auch, dass wir in den nächsten Jahren nicht mit steigenden Steuereinnahmen oder Schlüsselzuweisungen rechnen dürfen.

Leistungen der Gemeinde müssen daher gestrichen, gekürzt oder auf Vereine und Private übertragen werden, soziales Engagement wird daher immer nötiger. Ein Schritt in die richtige Richtung ist daher die Auslobung eines Preises für besonders engagierte Jugendliche durch den SPD-Ortsverein. Die FDP-Fraktion begrüßt diesen Schritt.

Etwas schwerer tun wir uns bei der CDU-Forderung nach Spielplätzen für Senioren. So, wie das Thema in der Rheinpfalz dargestellt war, hat es bestimmt viele Leser amüsiert. Dennoch ist diese Forderung im Kern richtig. Die Demoskopien sagen uns eine gewaltige Zunahme des Anteils älterer Bürger voraus. Es ist daher sinnvoll, sich frühzeitig auf die Bedürfnisse gerade dieser Altersgruppe einzurichten. Wenn wir die CDU so verstehen dürfen, sagen wir ihr als FDP-Fraktion unsere volle Unterstützung zu.

Leider fiel mit der Organisation von Fahrten für den Seniorenverein gerade eine Maßnahme für diese Personengruppe als erste dem Rotstift zum Opfer. Sicher ist es nicht Aufgabe einer Gemeindeverwaltung, Seniorenreisen zu organisieren. Ärgerlich ist jedoch die Art und Weise, wie der Seniorenverein darüber informiert oder offenbar nicht informiert wurde. Dies ist für uns genauso unverständlich wie auch die mangelnde Resonanz bei den großen Fraktionen im Gemeinderat auf den Hilferuf des Vorsitzenden des Seniorenvereins. Zum Glück sind mit dem Ehepaar Schmetzer Privatleute in die Bresche gesprungen. Sie versuchen, mit Unterstützung des Roten Kreuzes und der FDP-Fraktion selbst zu organisieren. Ein Anfang in dieser Sache ist damit wenigstens bereits gemacht.

Noch völlig offen ist dagegen die Frage, wie die Gemeinde den türkisch-islamischen Verein bei seiner Suche nach einem geeigneten Versammlungsraum unterstützt. Herr Pfarrer Matt hat Anfang des Jahres eine Podiumsdiskussion mit Vertretern des Vereins

veranstaltet. Es ist schade, dass sich der Vertreter der FWG nicht zu der Haltung seiner Fraktion geäußert hat. Es ist aber geradezu beschämend, dass CDU und SPD offiziell gleich gar nicht vertreten waren. Es ist ein Skandal, wie lässig der deutsche Außenminister Hunderttausenden zu einem Einreisevisum verholfen hat, die zweifelhaften Tätigkeiten nachgehen. Das gibt uns aber noch lange nicht das Recht, alle hier lebenden Ausländer unter Generalverdacht zu stellen. Wir sind froh, dass im Mutterstadter Gemeinderat keine Nationalisten und keine Rechtsradikalen sitzen. Wir alle wollen, dass dies auch so bleibt. Dafür müssen wir jedoch etwas tun. Ängste vor dem Fremden baut man am besten ab durch Information. Der türkisch-islamische Verein möchte die Kinder seiner Mitglieder in deutscher Sprache unterrichten. Dies bedeutet, dass wir uns ständig selbst informieren können, was dieser Verein lehrt. Daher sollten wir diesen Verein unterstützen, wenn wir dies als Gemeinde können. Die FDP-Fraktion wird daher dem Verkauf der jetzigen Feuerwache an den Verein zustimmen, sofern zwei Voraussetzungen erfüllt sind. Dies sind einerseits der Verkaufspreis und zum anderen eine einvernehmliche Lösung des Verkehrs im Bereich Hartmannstraße.

Nicht zuletzt hilft ein Verkauf der alten Feuerwache auch dem Gemeindehaushalt. Auch wenn die Gemeindeverwaltung buchstäblich in letzter Minute den Ansatz für Grundstücksverkäufe um ca. 1 Million € zurückgenommen hat, sind wir skeptisch, ob der immer noch geplante Erlös erreicht werden kann.

Seit Jahren fordert die CDU-Fraktion einen Personalentwicklungsplan. Wir unterstützen diese Forderung. Ich möchte klarstellen, dass dies nicht bedeutet, dass irgend ein Gemeindebediensteter seine Stelle verlieren soll. Aber genau so, wie größere Investitionen über Jahre geplant werden müssen, ist es auch wichtig, den Personaleinsatz und damit die Personalkosten langfristig zu planen. Leider enthält der Entwurf des Haushaltsplanes auch dieses Jahr keinen solchen Plan.

Die FDP-Fraktion wird aus diesem Grund dem Haushaltsplan nicht zustimmen.

### **Haushaltsrede von Ingrid Schellhammer (GRÜNE):**

Liebe Ratskollegen und Ratskolleginnen, liebe Mitglieder der Verwaltung, liebe Gäste, ich möchte mich in meiner Stellungnahme auf drei wichtige Themen beschränken:

#### **1. Palatinum - Konsequenzen aus dem Gutachten**

Wir Grünen sind - nach wie vor - der Meinung, auch wenn das Palatinum für die Verhältnisse in Mutterstadt völlig überdimensioniert ist, es ist nun mal da und das beste, was man daraus machen kann, ist es zu nutzen und zwar möglichst viel zu nutzen. Sprich das Angebot des Palatinums muss attraktiver werden, für jung und alt, insbesondere aber eben auch für jung. Das in Auftrag gegebene Gutachten hat u.a. ergeben, dass eine professionelle und betriebswirtschaftlich tragbare Bewirtschaftung ohne eine entsprechend befähigte Leitung nicht auskommen kann. Oder anders gesagt: eine Beamtin mittleren Dienstes ist nun mal - und ohne dass dies persönlich zu nehmen ist! - völlig überfordert mit der Leitung eines Objektes dieser Größenordnung. Ursprünglich war für die Leitung des Palatinums ja auch ein Geschäftsführer vorgesehen. Hier an Personal zu sparen ist - meinen wir - der falsche Ort. Ein wirklich fähiger und motivierter Geschäftsführer bzw. eine Geschäftsführerin könnte gut mindestens das Geld erwirtschaften, das er/sie kosten würde - wahrscheinlich mehr - und davon würden letztlich alle profitieren. Zumindest probeweise und befristet sollte wieder ein/e qualifizierter Geschäftsführer oder Geschäftsführerin eingestellt werden!

#### **2. Südspange und nasse Keller im Blockfeld**

Auch wenn das Thema Hochwasser und nasse Keller im Blockfeld schon wieder fast vergessen ist, es ist ein Problem, das wiederkehren wird und das professionell gelöst werden sollte. Ich denke, wir sind uns parteiübergreifend einig, dass sowohl der Bau eines Vorfluters inklusive Retentionsraum - konkret die Südspange - als auch lokale Maßnahmen im Blockfeld realisiert werden sollten. Nicht oder noch nicht einig sind wir uns wohl darin, wo diese - vom Gewässerzweckverband - geplante Südspange verlaufen soll. Der Gewässerzweckverband und die Landwirte favorisieren die sogenannte Variante 2, die durch den Wald führen soll. Die Gemeindeverwaltung hat in der letzten Sitzung des Gewässerzweckverbandes, wo es darum ging, welche Variante in die Detailplanung gehen soll, sich - ohne Mandat des Gemeinderates - für die Variante 2 entschieden. Der BUND kritisiert, dass bei dieser Variante ein zirka vier Hektar großes artenreiches altes Waldgebiet verloren geht und plädiert für die Variante 1, die "durch eine Aufwertung der ausgeräumten Landschaft mit Feldgehölzen und Uferbepflanzung eine Bereicherung für die Bürger vor Ort" wäre. Wir schließen uns dieser Meinung an. Darüber hinaus meinen wir: auch wenn es sich um hochwertige Ackerflächen handelt, die dabei für die Landwirtschaft verloren gehen, die deutsche Landwirtschaft leidet im Allgemeinen - und wohl auch in Mutterstadt - nicht an Unterproduktion. Will sagen, dass es mit Sicherheit nicht notwendig ist, unbedingt und unter allen Umständen jedes Stückchen Land als Ackerland zu erhalten. Außerdem ist bei der Variante durch den Wald ein so genannter Flächenausgleich erforderlich, der normalerweise in räumlicher Nähe zu der durchgeführten Maßnahme erfolgen muss, d. h. Ackerfläche wird so oder so verloren gehen. Auf alle Fälle sollte bei dieser Entscheidung nicht Geld und auch nicht Zeit die ausschlaggebende Rolle spielen, sondern das Wohl aller heutigen und zukünftigen Bürger Mutterstadts!

#### **3. Türkisch-Islamischer Verein und Emmerich-Haus**

Die Unterhaltung des Emmerich-Hauses kostet aktuell pro Jahr ca. 60.000,00 €. Die Kosten werden sicherlich sinken, wenn das Haus nicht mehr genutzt wird, es werden aber weiterhin Kosten anfallen, allein zum Erhalt des Hauses. Ganz abgesehen davon, dass ein solcher Leerstand mitten im Ort alles andere als schön ist. Deshalb ist - darin sind wir uns vermutlich alle einig - ein Verkauf das Sinnvollste. Wie uns spätestens seit dem 30. Januar allen bekannt ist, liegt eine Anfrage des türkisch-islamischer Vereins vor. Aus Sicht der Grünen wäre diese Lösung nicht nur für den Haushalt das Beste, es wäre auch eine gute Lösung für das Anliegen des türkisch-islamischen Vereins, dessen Mitglieder als Mutterstadter Bürger - zum Teil seit über 30 Jahren - in unserer Mitte leben und die genau das wollen, was parteiübergreifend ständig von ihnen gefordert wird: sie wollen sich integrieren und das soziale und kulturelle Leben Mutterstadts bereichern. Ängste gegenüber diesem Verein von wegen, dass sich dort "Islamisten" treffen, sind sachlich völlig unbegründet: es handelt sich um eine religiöse Gemeinschaft, der die Mehrheit der türkischen Muslime angehören und die in der Türkei quasi Staatsreligion ist, nicht um eine extremistische Sekte. Im Übrigen ist der Verein keine Neugründung, sondern mehr als 20 Jahre alt. Darüber hinaus hat Mutterstadt die seltene Chance, dass sowohl der Imam, Herr Günes, als auch der Vorsitzende des Vereins, Herr Özcelik, nicht nur hier aufgewachsen und ausgebildet sind, sondern sich auch besonders engagiert für die Integration einsetzen. Herr Günes arbeitet als Lehrer in Ludwigshafen Pfingstweide, wo er u.a. in einem Modellversuch engagiert ist, bei dem türkische Schüler muslimischen Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten, ein Modellversuch auf dem Weg zur Einführung eines staatlich kontrollierten Religionsunterrichts. Pfarrer Matt berichtete bei der Informationsveranstaltung im kath. Gemeindezentrum am 30. Januar diesen Jahres von guten nachbarschaftlichen Beziehungen und lobte insbesondere auch die Jugendarbeit des Vereins. Ein Zeichen dieser Jugendarbeit und der guten Zusammenarbeit mit der katholischen Jugend ist der Friedensbrunnen auf dem freien Gelände neben dem alten Rathaus. Wir Grünen meinen, die Gemeinde sollte die Bemühungen des türkisch-islamischen Vereins sehen und unterstützen - auch im Blick auf die Zukunft. Das Zahlenverhältnis von deutschen und türkisch-stämmigen Mitbürgern wird sich zukünftig mit Sicherheit noch weiter zu Gunsten der letzteren verändern und mit Ausgrenzen und Wegkucken ist niemandem gedient - das sollten wir u.a. auch aus unserer Geschichte gelernt haben, die wir gerade jüngst erst wieder bedacht haben. Auch damals hat - wie in vielen anderen gewaltsamen Konflikten unserer Tage - die Tragödie mit Ausgrenzung begonnen ...

Erfreulich

Ist, dass für dieses Jahr endlich Geld für die dringend notwendige Sanierung der Toiletten in der Pestalozzischule in den Haushalt eingestellt worden ist.

Erfreulich ist auch, dass die Haushaltslage nach wie vor wenig dramatisch ist - trotz des Luxus eines Palatinums und trotz der immer noch nicht aufgeklärten Versäumnisse der Bauverwaltung bzgl. Terrasse Palatinum und Beregnungsleitungen Alter Damm. Auch gibt es

genügend verfügbare Rücklagen im Vermögenshaushalt für den Fall, dass die Baugrundstücke der Gemeinde Am Alten Damm nicht in dem Maße verkauft werden sollten, wie geplant. Der Haushaltsplan scheint uns insgesamt solide zu sein.

Ärgerlich

Ist dagegen, dass Entscheidungen, die von öffentlichem Interesse sind, wie z.B. der Bau der Südspange oder der Verkauf des Emmerich-Hauses, nicht öffentlich und noch nicht einmal im Rahmen des Gemeinderates diskutiert werden, sondern in nicht öffentlich tagenden Ausschüssen oder im Ältestenrat, von dessen Sitzungen es noch nicht einmal Protokolle gibt. Oder noch Schlimmer: der Bürgermeister bzw. ein Vertreter der Gemeindeverwaltung stimmen nach Gutsherren Art in überregionalen Entscheidungsgremien ab - wie wir das in Sachen Südspange gerade erlebt haben - ohne den Gemeinderat auch nur zu informieren, geschweige denn zu fragen. Auch ist es ärgerlich, wenn die Verwaltung den Gemeinderat - wie im Fall der Abwasserentsorgung der Aussiedlerhöfe - auf problematische Regelungen oft erst aufmerksam macht, wenn diese bereits erhebliche Kosten verursacht haben.

In diesem Sinn möchte ich für meine Position zum Haushalt eine Formulierung übernehmen, die ich im Bauausschuss kennen gelernt habe: "Die Zustimmung wird versagt. Sie wird in Aussicht gestellt, sofern ..." die Gemeindeverwaltung und insbesondere der Bürgermeister zusagt, zukünftig transparenter zu arbeiten und die Öffentlichkeit und insbesondere alle Gemeinderäte - und nicht nur die Fraktionsvorsitzenden und Beigeordneten - frühzeitig und umfassend zu informieren und in anstehende Entscheidungsfindungen einzubinden.

### **Beschluss, bei 21 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung:**

Der Finanzplan und das Investitionsprogramm 2004 bis 2008 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

### **Beschluss, bei 18 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen:**

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2005 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

## **Jugendvertretung der Gemeinde Mutterstadt Festsetzung des Wahltages und Satzungsänderung**

Die Jugendvertretung wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Somit sind im Jahr 2005 Neuwahlen durchzuführen. Der Wahltag wird vom Gemeinderat festgelegt, wobei Wahltag auch ein Werktag sein kann. Die Wahlhandlung dauert von 15 bis 18 Uhr.

Im Einvernehmen mit der Vorsitzenden der Jugendvertretung und unter Berücksichtigung der Sommerferien sowie der gesetzlich vorgegebenen Fristen schlägt die Verwaltung als Wahltag Freitag, 17. Juni 2005, in der Zeit von 15 bis 18 Uhr vor.

### **Einstimmiger Beschluss:**

Gemäß § 3 der Satzung zur Einrichtung einer Jugendvertretung in der Gemeinde Mutterstadt vom 10.12.2004 wird der Wahltag für die Wahl 2005 auf Freitag, 17. Juni 2005 festgesetzt. Die Wahlhandlung dauert von 15 bis 18 Uhr.

Ergänzend wird beantragt, das Höchstalter für die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit um zwei Jahre zu erhöhen, da ansonsten die zurzeit sehr engagierten Mitglieder ausscheiden und die begonnene Arbeit durch neue unerfahrene Mitglieder fortgesetzt werden müsste. Dazu muss die Satzung der Jugendvertretung geändert werden.

### **Einstimmiger Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt auf Grund der § 24 und § 56 b der Gemeindeordnung (GemO), jeweils in derzeit geltender Fassung die Satzung entsprechend zu ändern, so dass wahlberechtigt und wählbar alle Einwohnerinnen und Einwohner sind, die am Tage der Stimmabgabe das 14., aber nicht das 20. Lebensjahr vollendet haben

## **Gesamtkonzept für das Palatinum Kommentar in der RHEINPFALZ**

Die Tageszeitung DIE RHEINPALZ hat in ihrer Ausgabe vom 21.02.2005 von dem Gesamtkonzept für das Palatinum berichtet. Diesem Bericht ist ein Kommentar („Einwurf“) beigelegt.

Ratsmitglied Günter Klein (SPD) zeigt sich betroffen von diesem Kommentar und spricht dem Verfasser jede Sachkenntnis zum Thema, aber auch zu den gesellschaftspolitischen Zielen und Aufgaben einer demokratischen Gemeinde ab. In einer persönlichen Erklärung begründet er dies wie folgt:

1. Aufgabe einer verantwortungsbewussten Kommunalpolitik ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern, vom Kind bis zum alten Menschen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Bildungs- und Kulturangebote sowie Angebote zur Förderung und zum Erhalt der Gesundheit (z.B. Sport) zu bieten.
2. Kommunale Bildungs-, Kultur- und Sportleistungen können und sollen nicht unter betriebswirtschaftlichen-gewinnorientierten Gesichtspunkten angeboten werden. Demnach hat der Gemeinderat für das Angebots von Kultur und Bildung im Palatinum von Anfang an

Zuschüsse eingeplant und auch damit gerechnet. Die Ratsmitglieder wollten auch einen Beitrag zum Erhalt des Wohnwerts in Mutterstadt leisten.

3. Bei Beginn der Planungen hat der Gemeinderat mit allen Ausschüssen auch die betriebswirtschaftliche Seite erörtert und Investitionen bis an die Schmerzgrenze mit den Vereinen und Bevölkerungsgruppen diskutiert. Er lasse sich nun nicht vorhalten, man habe „gewurstelt“.
4. Der Gemeinderat hat damals die kostengünstigste Lösung gesucht und gemeinsam mit der TSG die Ziele für beide Beteiligte gefunden und gelöst, nämlich die gemeinsame Verwirklichung einer Sporthalle der TSG und einer Kulturhalle der Gemeinde, wobei beide ihren Teil der Einrichtung getrennt und eigenverantwortlich und somit kostengünstig betreiben.
5. Es war der verantwortungsbewusste Gemeinderat, der jetzt ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um von erfahrenen Fachleuten eine Analyse der betriebswirtschaftlichen Faktoren zu erhalten, um sie mit den ursprünglichen Zielen, aber auch mit dem größtmöglichen Nutzen und vertretbaren Kosten zu optimieren. Ratsmitglied Günter Klein verwahrt sich dagegen, das als „weiter wursteln unter dem Motto Augen zu und durch“ zu bezeichnen.
6. Das vorliegende Gutachten wurde in einem ersten Termin vor wenigen Tagen dem Gemeinderat vorgestellt und soll Grundlage sein, die Finanzen in Einklang zu bringen. Die im Gutachten aufgezeigten Möglichkeiten müssen nun geprüft werden.